Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4544**

17. Wahlperiode 26. 01. 2011

Antrag

der Abgeordneten Hans-Josef Fell, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Ingrid Nestle, Dr. Hermann Ott, Bärbel Höhn, Undine Kurth (Quedlinburg), Dorothea Steiner, Cornelia Behm, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Friedrich Ostendorff, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Europas Energiezukunft erneuerbar und sicher gestalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Beim EU-Sondergipfel zur Energiepolitik am 4. Februar 2011 sollen die künftigen Leitlinien für die Umsetzung der Strategie „Energie 2020“ bestimmt werden, insbesondere für die Vollendung des Binnenmarktes, den Ausbau der Energieinfrastruktur sowie die Förderung der Energieeffizienz in der Europäischen Union. Darüber hinaus wurde vom EU-Kommissar Günther Oettinger im Vorfeld des Gipfels vermehrt die kurzfristige EU-weite Harmonisierung der Fördersysteme für Strom aus erneuerbaren Energien und eine Revision der Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen in 2011 gefordert.

Die künftige europäische Energiepolitik ist von entscheidender Bedeutung für das Erreichen der Klimaschutzziele und für die Sicherheit der Energieversorgung. Dabei gilt es, konsequent und klar den Weg zu mehr Energieeffizienz und zur Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien vorzuzeichnen. Von dieser Weichenstellung ist die Europäische Union noch weit entfernt. So fehlt nach wie vor eine Festlegung auf ein CO_2-Minderungsziel von 30 Prozent bis 2020 und auch in der Energiepolitik mangelt es an ambitionierten und verbindlichen Zielsetzungen.

So hat die EU bislang lediglich einen Entwicklungspfad für erneuerbare Energien bis zum Jahr 2020 beschlossen. Bis dahin sollen 20 Prozent des Stroms aus Sonne, Wind und anderen erneuerbaren Quellen erzeugt werden. Für die Zeit danach fehlen bislang jegliche Zielsetzungen, obwohl eine Umstellung auf eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien zur Erreichung der klimapolitisch geforderten CO_2-Reduktion um 80 bis 95 Prozent bis zum Jahr 2050 dringend erforderlich sind. Dazu kommt, dass die Diskussion um die Förderinstrumente auf der EU-Ebene mit der Initiative von Günther Oettinger zur Harmonisierung neu aufgeflammt ist und Investoren in der Erneuerbaren-Branche verunsichert. Eine Harmonisierung der Förderinstrumente steht jedoch vor 2014 nicht an. Das erfolgreiche Festpreisvergütungssystem darf nicht abgeschafft werden. An dem in der entsprechenden Richtlinie bereits vorgesehenen Monitoring im Jahr 2014 sollte festgehalten werden.

Trotz aller Bekenntnisse zur Energieeffizienz, fehlen hier jegliche verbindliche Zielsetzungen. Das EU-Ziel bis zum Jahr 2020 den Energieverbrauch um 20 Prozent gegenüber dem Trend zu senken ist bislang lediglich ein Lippen-

bekenntnis. Der Versuch, dieses Ziel nunmehr verbindlich zu machen, droht zu scheitern – auch am Widerstand der Bundesregierung. Damit würde eine unentbehrliche Säule des Klimaschutzes und der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung wegbrechen. Das Verhalten der Bundesregierung steht im krassen Gegensatz zu der von ihr verbal stets betonten herausragenden Bedeutung der Energieeffizienz für eine zukunftsweisende Energieversorgung. Reden und Handeln klaffen hier weit auseinander.

Energiepolitische Bewegung ist zurzeit im Wesentlichen auf den Ausbau der Energieinfrastruktur beschränkt. Hier wurde mit dem so genannten Infrastrukturpaket die Basis für eine Beschleunigung des grenzüberschreitenden Ausbaus der Netze gelegt. Bei der Umsetzung des Pakets gibt es jedoch zurzeit mehr Fragen als Antworten, sowohl hinsichtlich der Finanzierung als auch der Priorisierung einzelner Maßnahmen. Anstelle einer Konzentration auf Projekte, die der Netzintegration erneuerbarer Energien dienen, findet sich eine breite Palette an Infrastrukturvorhaben, von denen viele die Nutzung fossiler Energieträger fördern. Die Vorschläge der EU-Kommission zur Energiesicherheit zementieren die Nutzung der Atomenergie genauso, wie die klimagasemittierende fossile Energieversorgung. Das große Potenzial der erneuerbaren Energien für eine sichere, kostengünstige und heimische Energieversorgung wird dagegen von der EU-Kommission weitgehend ignoriert.

Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass die Bundesregierung ihre Vorreiterrolle für einen konsequenten Klimaschutz verloren hat und inzwischen sogar zum Bremser für eine ambitionierte und konsequente Klima- und Energiepolitik in Europa geworden ist. Dies steht im Widerspruch zu den eigenen nationalen Klimaschutzzielen und sollte korrigiert werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich beim EU-Gipfel für die Einführung eines EU-weiten CO_2-Minderungsziels von mindestens 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 einzusetzen;
- sich gegen eine Harmonisierung der Fördersysteme für erneuerbare Energien vor 2014 auszusprechen und sich stattdessen für die Unterstützung solider nationaler Förderregelungen wie dem Erneuerbare-Energien-Gesetz einzusetzen;
- sich nachdrücklich für die Einführung eines verbindlichen Effizienzziels von minus 20 Prozent bis 2020 einzusetzen und Effizienzstandards für öffentliche Aufträge im Gebäudebereich auch im Bestand zur Anwendung zu bringen;
- erneuerbaren Energien und Effizienzmaßnahmen Vorrang gegenüber so genannten CO_2-armen Technologien einzuräumen, zu denen z. B. auch die Atomkraft zählt, deren Risiken nicht zu verantworten sind;
- bei Investitionen in die europäische Energieinfrastruktur den Fokus auf die Integration der erneuerbaren Energien statt auf eine weitere Intensivierung der nuklear-fossilen Infrastruktur zu legen;
- sich für verbindliche Ausbauziele in der EU für erneuerbare Energien nach 2020 mit dem Ziel einzusetzen, bis spätestens 2050 die Energieversorgung auf erneuerbare Energien umzustellen sowie
- das große Potenzial der erneuerbaren Energien für die Ziele der Energiesicherheit zu nutzen, um so die Importabhängigkeit der EU von Energierohstoffen schnell zu reduzieren.

Berlin, den 25. Januar 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333